

Übungstext: Demokratie

(Seitenränder: links: 2,5cm, rechts: 2,0cm; Schriftart: Courier New, 12pt)

1

Die Geschichte der Demokratie ist eng verknüpft mit der	59
Entwicklung der Idee des Naturrechts, die wiederum eng verwandt	126
ist mit dem Begriff der Menschenrechte. Ausgehend von den	187
Naturrechten wurde die Idee der Gleichberechtigung der Freien	253
entwickelt, die sich in den frühen Ansätzen demokratischer	313
Gesellschaften wiederfindet. Die Mitgestaltungsbefugnisse eines	380
Menschen hingen zunächst vom Status der Person ab: Nur freie	446
Bürger hatten diese Rechte inne - was Sklaven, Frauen und Nicht-	515
Bürger (z. B. Ausländer) ausschloss. Als erste Verwirklichung	584
einer Demokratie in der Geschichte wird die antike Attische	647
Demokratie angesehen, die nach heftigem Ringen des Adels und der	715
Reichen mit dem einfachen Volk errichtet wurde und allen	774
männlichen Vollbürgern der Stadt Athen Mitbestimmung in der	838
Regierung gewährte, wenn man über 20 Jahre alt war. Die Anzahl	905
der Vollbürger betrug etwa 30.000 bis 40.000 Männer. Bei	965
wichtigen Entscheidungen, z. B. über Krieg und Frieden, mussten	1033
mindestens 6.000 anwesend sein. Beamte (z. B. die Archonten)	1099
wurden ursprünglich durch das Los bestimmt - abgesehen von den	1163
Strategen, welche für die Armee zuständig waren und im Krieg	1227
eine große Rolle spielten. Da sie allerdings eine große	1285
Verantwortung trugen, wurden sie nach einer Niederlage z.T.	1348
durch das Scherbengericht für 10 Jahre aus Attika verbannt.	1411
Diese antike Staatsform war nicht unumstritten, gewährte sie	1474
doch beispielsweise den Bürgern das Recht, Mitbürger, die als	1539
gefährlich für die Demokratie angesehen wurden, mit Hilfe des	1603
sogenannten Scherbengerichts (Ostrakismos) in die Verbannung zu	1672
schicken. Auch waren die Beschlüsse der Volksversammlung leicht	1739
beeinflussbar. Demagogen spielten nicht selten eine fatale Rolle	1806
in der Politik Athens. Auch in anderen Poleis des attischen	1870
Seebunds wurden Demokratien eingerichtet, die aber vor allem	1933
dafür sorgen sollten, dass die Interessen Athens gewahrt wurden.	2000
Der Althistoriker Christian Meier erklärte die Einführung der	2067
Demokratie durch die Griechen dadurch, dass sie entdeckt hätten,	2134
dass Demokratie die Antwort auf die Frage ist, wie es der	2195
Politik gelingen könne, auch die Herrschaft selbst zum	2252

Gegenstand von Politik zu machen. Aufgrund der Unzufriedenheit	2319
breiter Bevölkerungsschichten im griechischen Mutterland in	2381
spätarchaischer Zeit (7. und 6. Jahrhundert v. Chr.) und des	2447
Vorhandenseins unabhängigen und öffentlichen politischen	2505
Denkens, kam es zuerst zur Vorstufe der Demokratie, der	2564
Isonomie. Nicht zuletzt auf Grund der Erfolge der freien	2625
griechischen Poleis während der Perserkriege wurde diese	2684
Entwicklung beschleunigt und fand ihren Endpunkt in der	2742
attischen Demokratie, in der die Bürger in Athen die Möglichkeit	2811
bekamen, in einer auf breiteren Schichten basierenden	2866
politischen Ordnung mitzuwirken. Der Philosoph Aristoteles	2929
verwendet den Begriff Demokratie in seinen Schriften zunächst	2994
negativ, um die Herrschaft der freigebohrenen Armen zu	3050
bezeichnen. Diese nach seiner Auffassung verfehlte Staatsform	3115
würde nicht das Wohl der Allgemeinheit, sondern nur das Wohl des	3183
herrschenden Teils der Bevölkerung (eben der Armen) verfolgen.	3251
Allerdings lehnt er die Beteiligung des einfachen Volkes - in	3316
gemäßiger Form - nicht strikt ab, wie etwa noch sein Lehrer	3379
Platon dies tat, wovon seine „Summierungstheorie“ ein Zeugnis	3442
abgibt. Im Rahmen seiner sogenannten zweiten Staatsformenlehre	3508
liefert Aristoteles darüber hinaus eine differenzierte Theorie	3573
der Demokratie und ihrer Formen. Letztendlich aber plädiert er	3639
für eine Form der Mischverfassung zwischen Demokratie und	3700
Oligarchie als stabilster und gerechter Staatsform: für die	3763
sogenannte Politie. In ihr hat das Volk über die Wahl der	3825
Beamten und die Kontrolle ihrer Amtsführung seinen rechtmäßigen	3892
Anteil an der Regierung, die insgesamt zum allgemeinen Wohl und	3959
nicht zu Lasten eines Teils des Staates (z. B. der Wohlhabenden)	4031
ausgeübt werde. Als Grundlage der demokratischen Staatsform	4094
bezeichnete Aristoteles die Freiheit (Pol. VI). Da die Freiheit	4167
wichtigste Eigenschaft der Demokratie sei, wollten sich	4225
Demokraten am liebsten nicht regieren lassen, oder dann doch nur	4291
abwechslungsweise. Zur Freiheit gehöre also, dass man	4347
abwechselnd regiere und regiert werde: „Alle Ämter werden aus	4411
allen besetzt, alle herrschen über jeden und jeder	4462

abwechslungsweise über alle". Diese Ämter würden durch Los	4523
besetzt, vorzugsweise alle, jedoch diese, die nicht besonderer	4586
Erfahrung oder Kenntnisse bedürften. Die Ämter seien alle	4648
kurzfristiger Natur und dürften - abgesehen von Kriegsämtern -	4713
nur wenige Male besetzt werden. Auch die Römische Republik	4776
verwirklichte bis zur schrittweisen, kontinuierlichen Ablösung	4840
durch den Prinzipat eine Gesellschaft mit rudimentären	4897
demokratischen Elementen, basierend auf der Idee der	4952
Gleichberechtigung der Freien bei der Wahl der republikanischen	5019
Magistrate, wenn auch das oligarchische Prinzip bestimmend war.	5085
Andererseits vertritt der Historiker Fergus Millar einen anderen	5154
Standpunkt und interpretiert die Römische Republik viel mehr als	5222
eine Art direkt-demokratisches Staatswesen. Die historisch	5284
bedeutendere Leistung Roms dürfte allerdings die Etablierung	5348
einer frühen Form eines Rechtsstaats sein - einem Konzept, das	5414
ebenfalls eng mit unserem heutigen Demokratieverständnis	5472
zusammenhängt. Bei Marcus Tullius Cicero wird der Begriff der	5539
Demokratie als civitas popularis „romanisiert" (De re publica,	5603
I), womit die spätrepublikanische Bezeichnung der Parteiung der	5671
„Popularen" zum Namensgeber der entsprechenden Verfassungsform	5735
wird. Nach Cicero besticht diese Herrschaftsform durch die	5797
Freiheit, welche die Bürger in ihr genießen, wobei er diese aber	5864
auch stets durch die Gefahr der Zügellosigkeit der Masse bedroht	5932
sieht. Eine neue Qualität der demokratischen Bewegung setzte	5996
aber erst mit der Entstehung des britischen Unterhauses (House	6063
of Commons) im 13. Jahrhundert ein. Dieses anfangs rudimentäre	6130
Parlament hatte nur sehr wenige Rechte und war der Macht des	6194
Monarchen fast schutzlos ausgeliefert. Mit der Entwicklung der	6260
absoluten Monarchie verringerten sich die Einflussmöglichkeiten	6326
sogar noch. Erst mit dem englischen Bürgerkrieg entstand im 17.	6392
Jahrhundert mit dem besagten Unterhaus eine Volksvertretung mit	6459
umfangreichen Rechten. Das bedeutendste Dokument des	6515
Parlamentarismus ist die Bill of Rights von 1689, in der das	6579
nach England eingeladene neue Königspaar Wilhelm und Maria dem	6646
Parlament Immunität, Verfügung über die Finanzen und Recht auf	6714

Zusammentretung ohne Aufforderung des Königs zugestand, und	6777
damit die Grundrechte eines modernen Parlaments schuf. Die erste	6845
neuzeitliche Demokratie war entstanden. Es gab Abgeordnete, wie	6912
John Lilburne, der im Gegensatz zum System der attischen	6973
Demokratie, die Abschaffung von Sklaverei, Leibeigenschaft,	7037
dafür aber ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle	7097
Männer forderten, die als „frei geboren“ gelten sollten.	7153
Lilburne war Wortführer der sogenannten Levellers	7206
(„Gleichmacher“). Diese Sichtweisen stießen jedoch auf den	7268
Widerstand der Oberschicht. So wurde er unter der Herrschaft	7333
Oliver Cromwells jahrelang inhaftiert. Wie bereits die antiken	7399
Herrscher, so betrachtete auch die Oberschicht alle	7453
demokratischen Bewegungen mit größtem Misstrauen und warf ihnen	7519
aus Angst vor dem Verlust ihrer Privilegien vor, den Pöbel an	7585
die Macht bringen zu wollen. 1755 schrieb Pasquale Paoli eine	7650
Verfassung für Korsika. Es handelt sich dabei um eine	7707
Mischverfassung nach antikem Vorbild mit demokratischen	7765
Elementen, die sich auch aus regionalen Traditionen Korsikas	7829
speisten. Sie ist damit die erste moderne Verfassung weltweit.	7894
1762 veröffentlichte Jean-Jacques Rousseau seine Idee vom	7956
Gesellschaftsvertrag (Du contract Social; ou Principes du Droit	8027
Politique) und etablierte mit dieser Vertragstheorie die	8087
identitäre Demokratie, die Herrscher und Beherrschte	8143
gleichsetzt. Das so entstandene Prinzip der Volkssouveränität	8208
basiert auf dem Gemeinwillen, der volonté générale. Auch die von	8278
John Locke und Charles Montesquieu etablierte Gewaltenteilung in	8348
Legislative, Judikative und Exekutive wird als elementarer	8410
Bestandteil eines modernen demokratischen Rechtsstaates	8468
betrachtet. Zu dieser Zeit hatten sich in Nordamerika 5	8527
Indianerstämme zum Bund der Irokesen zusammengeschlossen und	8591
sich eine Räteverfassung gegeben. Benjamin Franklin und andere	8657
amerikanische Staatsmänner ließen sich hinsichtlich der	8714
Ausgestaltung der amerikanischen Verfassung unter anderem von	8778
den Irokesen anregen. Die Vorarbeiten dieser Philosophen, das	8844
Vorbild des englischen Parlamentarismus und auch das Vorbild der	8912

irokesischen Verfassung fanden Berücksichtigung, als mit der	8975
Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika 1787 der erste	9041
moderne demokratische Staat entstand. Polen-Litauen gab sich als	9109
mit der Verfassung vom 3. Mai 1791 eine demokratische	9165
Staatsordnung. Dabei wurde mit der Einführung der	9218
„Landbotenkammer“ das politische Mitspracherecht, das bis dahin	9282
auf den Adel beschränkt war, auf das wohlhabende Bürgertum	9343
ausgedehnt. Diese Prozesse inspirierten die Französische	9403
Revolution und führten zu einer schrittweisen Demokratisierung	9468
anderer europäischer Länder, wobei der englische	9518
Parlamentarismus besondere Erwähnung verdient. Fast alle heute	9584
in Europa anzutreffenden demokratischen Regierungsformen	9643
basieren auf landesspezifischen aristokratischen	9692
Vorläufermodellen. Die herrschenden Schichten Adel,	9748
Kirchenvertreter und wohlhabendes Bürgertum nahmen im	9804
Mittelalter und der frühen Neuzeit in den Landständen ihre	9866
politischen Rechte gegenüber dem Herrscher im Sinne ihrer	9927
Standesinteressen wahr. Das betraf insbesondere Territorial- und	9995
Grenzkonflikte, Kriegsdienste und Steuererhebung, Fragen der	10060
Gewaltenteilung und der Herrscherwahl (siehe auch	10113
Ständeordnung). Der Übergang von aristokratischen zu	10170
demokratischen Regierungsformen vollzog sich meist in der Form,	10236
dass zunächst allen Bürgern ein Wahlrecht zugestanden wurde,	10299
später dann Unterschiede in der Stimmgewichtung	10349
(Zensuswahlrecht), oder Ausschlüsse von Bürgerrechten für	10412
einzelne Bevölkerungsgruppen (Sklaven, Frauen, Angehörige	10475
ethnischer, sprachlicher oder religiöser Minoritäten) aufgehoben	10542
wurden. Die erste demokratisch verfasste Staatsform des	10600
Deutschen Reiches war die Weimarer Republik von 1919 bis 1933.	10667
Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Begriff Demokratie in der	10735
Weimarer Verfassung nicht erscheint und bereits seit der sog.	10799
Oktoberverfassung 1918 im Deutschen Reich unter Wilhelm II. die	10869
parlamentarische Monarchie bestand. Dass die Verfassungsänderung	10937
nur wenige Tage vor der Novemberrevolution kam und nicht das	11000
Volk, sondern die Oberste Heeresleitung dazu den Anstoß gab, ist	11069

für den Sachverhalt selbst nicht entscheidend. Die Weimarer	11132
Verfassung schützte sich zu wenig gegenüber den Feinden der	11194
liberalen Demokratie. Mit der sogenannten „Machtergreifung“ 1933	11260
brauchte Hitler sie nicht abzuschaffen, vielmehr wurde ihr	11320
demokratischer Gehalt in der Hitler-Diktatur durch die NS-	11383
Gesetzgebung völlig vernichtet. So kam es, dass der Staat als	11448
Republik weiterbestand, die Regierungsform der Demokratie aber,	11515
die Hitler bekämpft hatte, durch eine totalitäre Diktatur	11575
abgelöst wurde. Durch die Gründung der Bundesrepublik	11632
Deutschland findet man seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine	11701
parlamentarische Republik vor, wobei das Demokratieprinzip nach	11767
dem Grundgesetz der Ewigkeitsklausel unterliegt. Eine	11824
Besonderheit ergab sich durch die Existenz der ehemaligen	11884
Sowjetischen Besatzungszone, die in den Staat Deutsche	11943
Demokratische Republik mündete. In der unmittelbaren bzw.	12004
direkten Demokratie nimmt das Volk unmittelbar und unvertretbar	12070
durch Abstimmungen über Sachfragen am Staatsgeschehen teil. Das	12138
ausgeprägteste direktdemokratische System besteht in der	12196
Schweiz. Dort hat das Volk auf allen Ebenen direktdemokratische	12264
Mitspracherechte, die teils jedoch auch schon als gehandicapt	12327
betrachtet wurden, siehe Eidgenössische Volksinitiative	12385
«Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» In vielen Staaten	12450
wird das politische System durch einzelne Elemente direkter oder	12517
plebiszitärer Demokratie ergänzt. In weiten Teilen der 68er- und	12585
Alternativbewegungen war statt direkter Demokratie der Begriff	12651
„Basisdemokratie“ üblich. Direkte Demokratie oder zumindest die	12716
Einführung von mehr plebiszitären Elementen auf Bundes- und	12779
Landesebene galten als erklärte Ziele. In der Repräsentativen	12845
Demokratie sind Repräsentanten des Volkes für eine begrenzte	12909
Zeit zur Machtausübung autorisiert. Nach Ablauf dieser Periode	12977
muss über die Zusammensetzung der Volksvertretung durch Wahl neu	13045
entschieden werden. Die Periode beträgt üblicherweise mehrere	13109
Jahre. In vielen Staaten hat sich ein Zeitraum von 4 bis 8	13172
Jahren eingebürgert. Repräsentiert wird das Volk nicht nur in	13237
den gesetzgebenden Organen (Parlament, Rat) sondern auch in den	13306

gesetzesausführenden Organen (Regierung, Verwaltung). Letztere	13375
werden gelegentlich nicht vom Volk direkt gewählt, sondern	13435
indirekt über Volksvertreter. Bei Wahlen als politischer	13495
Beteiligungsform geht die Staatsgewalt insoweit vom Volke aus,	13561
als dieses die Repräsentanten wählt (Personen oder Parteien),	13628
die die politischen Entscheidungen für die Zeit der nächsten	13691
Wahlperiode treffen. Beim reinen Verhältniswahlrecht kann der	13756
Wähler eine Partei benennen, die seinen politischen	13810
Vorstellungen am nächsten kommt. Im Parlament sind die Parteien	13878
dann mit der Stärke vertreten, die ihrem Stimmenanteil	13935
entspricht. Beim reinen Mehrheitswahlrecht zieht aus jedem	13996
Wahlkreis derjenige Bewerber ins Parlament ein, der dort die	14060
meisten Stimmen auf sich vereint. Auch verschiedene Mischformen	14127
kommen vor. In der Demarchie werden Volksvertreter und Regierung	14196
nicht vom Volk gewählt, sondern per Zufallsauswahl aus dem Volk	14263
bestimmt. Die Demarchie ist vom Charakter her zwischen direkter	14330
und repräsentativer Demokratie einzuordnen. Dies wird deutlich,	14396
wenn man einerseits Entscheidungen in der Demarchie als über	14459
eine Stichprobe ermittelte Volksmeinung ansieht, was der	14518
direkten Demokratie entspricht. Andererseits kann man die per	14582
Zufallsauswahl Ermittelten im Sinne der repräsentativen	14641
Demokratie als Repräsentanten des Volkes ansehen, die nur auf	14706
andere Weise bestimmt wurden. Die meisten modernen Demokratien	14772
sind repräsentative Demokratien mit direktdemokratischen	14830
Elementen auf nationaler und/oder kommunaler Ebene. Das Volk	14896
trifft sowohl Personal- als auch Sachentscheidungen	14950
(Plebiszite). Eine solche Mischform nennt man plebiszitäre	15014
Demokratie. Die Gewichtung der repräsentativen und	15068
direktdemokratischen Elemente kann dabei von Staat zu Staat	15131
unterschiedlich ausfallen. Deshalb unterscheidet man weiter	15192
zwischen halbdirekter, gemischter und bedingt repräsentativer	15254
Demokratie. Der Begriff plebiszitäre Demokratie wird daneben	15319
auch als Sammelbezeichnung für alle volksunmittelbaren	15375
Abstimmungen (Sachentscheidungen) verwendet. In der Schweiz ist	15445
der Begriff insofern gleichbedeutend mit Volksrechte. Die	15506

Schweiz ist auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene eine plebiszitäre Demokratie, wobei auf nationaler und in den meisten Kantonen auch auf kantonaler Ebene und in größeren Städten auf kommunaler Ebene ein Parlament legislativ tätig ist, und das Volk bei Parlamentsentscheiden nur über Verfassungsänderungen und über Gesetzesänderungen abstimmt. Zusätzlich gibt es für das Volk noch das Recht der Verfassungsinitiative, bei dem eine Anzahl Bürger eine Änderung der Verfassung vorschlagen kann, über die abgestimmt werden muss. Zudem kann mit genügend Unterschriften eine Volksabstimmung über ein vom Parlament beschlossenes Gesetz erzwungen werden. Einige kleine Kantone haben statt des Parlaments die Landsgemeinde. Auf kommunaler Ebene gibt es in kleineren Orten keine Volksvertretung, sondern Entscheide, die direkt in einer Bürgerversammlung diskutiert und abgestimmt werden. Das Rätssystem stellt eine weitere Mischform zwischen direkter und repräsentativer Demokratie dar. Um den Bestand einer Demokratie nicht durch Machtkonzentration zu gefährden, werden üblicherweise nach dem Prinzip der Gewaltenteilung die Gesetzgebung und die Regierung voneinander getrennt. In der Praxis sind beide nicht unabhängig voneinander zu sehen (etwa über Parteizugehörigkeiten): Die Fraktion, die in der Volksvertretung die Mehrheit hat, stellt in der Praxis meist auch die Regierung. Das Gewaltenteilungsprinzip wird dadurch teilweise durchbrochen (siehe auch Fraktionsdisziplin). Der Unterschied zwischen einem eher präsidentiell und einem eher parlamentarisch ausgerichteten Regierungssystem liegt im Ausmaß der Abhängigkeit der Regierung von der Volksvertretung. In Mehrheitsdemokratien wird die Regierung aus Parteien zusammengesetzt, die gemeinsam im Parlament die Mehrheit haben. Damit hat die Regierung gute Chancen, ihr politisches Programm beim Parlament durchzusetzen. Bei einem Regierungswechsel kann jedoch eine entgegengesetzte Politik eingeschlagen werden. Großbritannien und die USA sind Beispiele für Mehrheitsdemokratien. In einer Konkordanzdemokratie werden öffentliche Ämter nach Proporz oder Parität verteilt. Alle	15573 15639 15705 15768 15833 15900 15963 16028 16086 16148 16212 16276 16343 16410 16477 16540 16602 16656 16722 16788 16859 16927 16991 17055 17117 17183 17246 17302 17368 17435 17501 17561 17612 17674 17737
---	---

größeren Parteien und wichtigen Interessengruppen sind an der	17801
Entscheidungsfindung beteiligt und die Entscheidung ist	17859
praktisch immer ein Kompromiss. Der Entscheidungsprozess braucht	17927
mehr Zeit und große Veränderungen sind kaum möglich,	17982
andererseits sind die Verhältnisse auch über längere Zeit stabil	18049
und es werden keine politischen Entscheide bei einem	18103
Regierungswechsel umgestürzt. Die Schweiz ist ein Beispiel für	18170
eine Konkordanzdemokratie. Die Abgrenzung von Konkordanz- und	18236
Konsensdemokratie ist schwierig und variiert sehr stark je nach	18301
Autor. Konsensdemokratien zeigen gemeinhin eine ausgeprägte	18363
Machtteilung in der Exekutive, ein gleichberechtigtes Zwei-	18425
Kammern-System, die Nutzung des Verhältniswahlrechts und eine	18491
starre, nur durch Zweidrittelmehrheit zu ändernde Verfassung.	18555
Deutschland wird daher als Konsensdemokratie gesehen.	18610

(Quelle: Wikipedia: Auszug aus <http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie>)